

Christian Boeser-Schnebel
Klaus-Peter Hufer
Karin Schnebel
Florian Wenzel



POLITIK WAGEN

Ein Argumentationstraining



WOCHEN
SCHAU
VERLAG

Christian Boeser-Schnebel, Klaus-Peter Hufer,
Karin Schnebel, Florian Wenzel

Politik wagen

Ein Argumentationstraining

Mit Illustrationen von Heike Drewelow



**WOCHEN
SCHAU
VERLAG**

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© WOCHENSCHAU Verlag
Dr. Kurt Debus GmbH
Schwalbach/Ts. 2016

www.wochenschau-verlag.de

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieses Buches darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie oder einem anderen Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet werden.

Titelgestaltung: Ohl Design
Illustrationen: Heike Drewelow
Gesamtherstellung: Wochenschau Verlag
Gedruckt auf chlorfreiem Papier
ISBN 978-3-7344-0162-6 (Buch)
ISBN 978-3-7344-0163-3 (E-Book)

Inhalt

Vorwort	7
Vorbemerkung: Über das Recht, (un)politisch, und die Notwendigkeit, politisch zu sein	11
1. Was ist eigentlich Politik? Und was ist Demokratie?	19
<i>Ein nachlassendes politisches Interesse?</i>	19
<i>Gründe für „Politikverweigerung“</i>	21
<i>Aber was ist wirklich Politik?</i>	24
<i>Die Wiederentdeckung von Politik</i>	26
<i>Demokratie ist mehr als Machttechnik</i>	29
2. „Hör mir auf mit den Politikern!“ – Gängige Stammtischparolen über Politik	31
2.1 Stammtischparolen über das politische System im Gesamten	38
<i>Was die da machen, hat doch alles nichts mit mir zu tun.</i>	39
2.2 Stammtischparolen über den politischen Prozess	43
<i>In der Politik wird zu viel geredet und zu wenig gehandelt.</i>	43
<i>Politik wird doch nur von Lobbyisten gemacht.</i>	45
<i>Politik ist ein schmutziges Geschäft.</i>	48
<i>Die Politik interessiert sich nicht für mich und meine Bedürfnisse.</i>	50
<i>Politiker sind zu ignorant, um Expertenwissen zu nutzen.</i>	53
<i>Politiker streiten andauernd.</i>	55
<i>Die wahre Macht im Staat liegt bei den Medien.</i>	58
2.3 Stammtischparolen über Akteure	61
<i>Politiker halten nie, was sie versprechen.</i>	62
<i>Politiker sind viel zu weit weg vom normalen Bürger.</i>	65
<i>Politikern geht es nur um Macht.</i>	69
<i>Politiker sind doch immun gegen Kritik.</i>	71

	<i>Die Diäten und die Altersversorgung für Politiker sind viel zu hoch</i>	72
	<i>Der Parteiklüngel gehört abgeschafft</i>	75
2.4	Stammtischparolen über Institutionen	78
	<i>Das in der Regel fast leere Plenum ist eine Schande für unsere Demokratie</i>	80
	<i>Der Fraktionszwang macht die Abgeordneten zu Marionetten der Fraktionsführung</i>	83
	<i>Die Opposition sagt ja ohnehin einfach immer nur Nein</i>	85
3.	„Ich bin noch nicht überzeugt!“ Interventionsmöglichkeiten gegen Stammtischparolen	87
	<i>Das Leben ist doch schon kompliziert genug – Warum es Stammtischparolen gibt</i>	89
	<i>Da brauchst Du mir nichts zu erzählen – Über die Schwierigkeit, bei Stammtischparolen einzuhaken</i>	91
	<i>Keine Angst vor dem Statement – Wie man den Mut zur eigenen Meinung findet</i>	92
	<i>Nicht Besserwisserisch auftreten, sondern zum gemeinsamen denken einladen – Welche Haltung beim Intervenieren hilfreich ist</i>	93
	<i>Edel, hilfreich und gut – Wie man zu der richtigen Haltung findet</i>	94
	<i>Wenn man nicht mehr klar denken kann – Warum es wichtig ist, Frustration, Wut und Enttäuschung ernst zu nehmen</i>	95
	<i>Das habe ich nicht gesagt – Warum verstehen und verstanden werden vielleicht die größte Herausforderung ist</i>	98
	<i>Erst den anderen verstehen, dann hinterfragen und irritieren – Wie Menschen Neues lernen</i>	101
	<i>Was ich noch nicht verstanden habe ... – Wie durch Fragen ein Gespräch geöffnet werden kann</i>	104
	<i>Was wäre denn die Konsequenz? – Wie man neue Perspektiven einbringen kann</i>	105
	<i>Stopp! – Wann man sich distanzieren sollte und wie man dies wirkungsvoll hinbekommt</i>	109

4. Über den Mut, sich seines eigenen Verstandes zu bedienen – Training für Demokratie	113
<i>Reflexion 1: Nicht einfach nur ablehnen – Wie man das Richtige im vermeintlich Falschen entdeckt</i>	<i>117</i>
<i>Reflexion 2: Denken in Dilemmata – Wie man Politik differenziert wahrnehmen kann</i>	<i>121</i>
<i>Reflexion 3: Hinter die Positionen blicken – Wie man die Bedürfnisse der Beteiligten identifiziert und kreativ mit ihnen umgeht</i>	<i>126</i>
<i>Reflexion 4: In den Dialog gehen – Wo man über Politik streiten kann. Ein Tag der politischen Dialoge</i>	<i>135</i>
<i>Reflexion 5: Das Große und Ganze erkennen – Wie man Medien und politische Inszenierungen in einen Kontext bringt ..</i>	<i>137</i>
<i>Reflexion 6: Denken in Wechselwirkungen – Wie man den Blick für das Ganze schult</i>	<i>139</i>
Schluss: 10 Punkte für das Wagnis Politik	142
Literatur	148
Die Autoren und die Illustratorin	154
Anmerkungen	156

„Was Literatur im besten Fall erreichen kann, wenn sie denn unbedingt etwas erreichen soll: Sie kann das Denkvermögen stärken. Und je länger du nachdenkst, desto weniger Gewissheiten hast du, desto misstrauischer wirst du in Bezug auf dich selbst. Und eine Welt, in der alle an ihren Gewissheiten zweifeln, wäre tatsächlich eine bessere Welt.“

Harald Martenstein

Vorwort

Am Stammtisch wird traditionell viel über Politik gesprochen, oft mit Kompetenz und dem ernsthaftem Bemühen, Politik besser zu verstehen. Oft aber werden auch nur Stammtischparolen ausgetauscht, man verharrt in dumpfer Selbstgerechtigkeit und lässt sich gar nicht erst auf das Wagnis Politik ein.

Stammtischparolen sind nicht nur in Gasthäusern, sondern auch in Cafés, Kantinen, an familiären Esstischen und an vielen anderen Orten zu finden. Platte, aggressive, selbstgerechte und populistische Äußerungen über Politik und Politiker bleiben dabei oftmals unwidersprochen, nicht selten bekommen sie Beifall. Ein derartiges Gespräch auf Stammtischniveau aber hat Konsequenzen für Politik und Gesellschaft: Wenn Politik verachtet wird und Politiker/-innen lächerlich gemacht werden, dann vergiftet dies die politische Kultur. Damit verbunden ist auch eine größer werdende Distanz zwischen Berufspolitiker/-innen und Bürger/-innen: Empirische Befunde und die sinkenden Wahlbeteiligungen zeigen, dass sich immer mehr Menschen von der (Partei-)Politik abwenden. Allerdings gibt es auch eine zunehmende Bereitschaft zu gesellschaftlichem Engagement. Neue Formen der Partizipation und des politischen Handelns werden gesucht und gefunden. Doch das Problem bleibt: Demokratie kann ihre Potentiale nur begrenzt nutzen, wenn das Verhältnis zwischen Bürger/-innen und (Berufs-)Politiker/-innen gestört ist und wenn nicht beide zusammen Politik wagen.

Die politische Urteilsfähigkeit der Bürger/-innen ist das Lebenselixier der Demokratie. Dazu zählt auch, die Arbeit von Politiker/-innen realistisch ein- und durchaus auch wertzuschätzen und Politiker/-innen nicht mit Stammtischparolen herabzuwürdigen. Andererseits müssen auch Politiker/-innen aufhören, Stammtischparolen zu bedienen oder selbst Stammtischparolen zu verwenden. Letzteres ist beispielsweise der Fall, wenn am Wahlabend von unterlegenen Parteienvertreter/-innen verkündet wird, „die Menschen draußen im Lande“ hätten sie nicht verstanden. Die (oft unausgesprochene) Stammtischparole hinter diesem Statement lautet: „Mit diesem Volk ist kein Staat zu machen!“ Ein ernsthafter Dialog mit den Bürger/-innen ist auf diese Weise nicht möglich.

Kritik ist in einer Demokratie so wichtig wie die Luft zum Atmen. Aber wenn die Bürger/-innen ernst genommen werden wollen und mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten möchten, sollten sie sich nicht platter Parolen bedienen, sondern mit Verstand und guten Argumenten für eine demokratische politische Kultur streiten.

Das vorliegende Argumentationstraining kann hierfür einen Beitrag leisten, indem es hilft, die eigene politische Urteilsfähigkeit weiterzuentwickeln und die individuelle politische Handlungsfähigkeit auszubauen. Es soll nicht bekehren oder besserwisserisch mit belehrenden Äußerungen gegen Stammtischparolen vorgehen. Vielmehr greift es Stammtischparolen auf, um zunächst die dahinter liegenden Enttäuschungen, Frustrationen und die damit verbundene Wut zu verstehen und ernst zu nehmen, und zu einem höheren Diskussionsniveau über Politik und Politiker zu kommen. Auf diese Weise kann letztlich jedes Alltagsgespräch über Politik und damit auch der Stammtisch selbst ein Anlass sein, Politik zu wagen.

Seit 2012 arbeiten wir an dem Argumentationstraining. Stets war die Einbindung des Projekts in das an der Universität Augsburg angesiedelte „Netzwerk Politische Bildung Bayern“ wichtig.

Wir möchten deswegen an erster Stelle Winfried Dumberger-Babel, Prof. Dr. Gerhard Kral und Michael Sell für die jahrelan-



ge intensive Zusammenarbeit im „Netzwerk Politische Bildung Schwaben“ und im „Netzwerk Politische Bildung Bayern“ danken, wodurch viele Gedanken und Ideen des Trainings geprägt wurden. In diesem Zusammenhang danke auch an alle, die im Projektteam „Netzwerk Politische Bildung Bayern“ mitwirken oder in der letzten Zeit mitgewirkt haben, insbesondere sollen hier Christian Fey, Jadwiga Goralska, Kristina Greißl, Ferdinand Jungmaier, Fares Kharboutli, Gwennaëlle Mulliez, Gunnar Naujocks, Marianne Reimer und Frank Wagner erwähnt werden.

Danken möchten wir auch der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, die als Kooperationspartner sehr früh das Potential des Trainings erkannt hat und die bei der Weiterentwicklung und Implementierung sehr hilfreich war. Namentlich möchten wir hier stellvertretend dem Leitenden Regierungsdirektor Werner Karg und der Studiendirektorin Katharina Willimski für wichtige Impulse und vielfältige Unterstützung danken.

Ein großes Dankeschön auch an Prof. Dr. Elisabeth Meilhammer vom Lehrstuhl für Pädagogik mit Schwerpunkt Erwachsenen- und Weiterbildung, die das Projekt von Anfang an unter-

stützt hat. Hier auch Danke an Dr. Tetyana Kloubert und Falk Scheidig, Mitarbeiter/innen am Lehrstuhl, für ihre kritisch-konstruktive Auseinandersetzung mit unserem Training. Danken möchten wir auch den Studierenden der Universität Augsburg, die sich in verschiedenen Seminaren auf das Wagnis Politik und die Entwicklung, den Test sowie die Weiterentwicklung des Trainings eingelassen haben.

Danke auch denjenigen, die es uns ermöglicht haben, Workshops mit ganz unterschiedlichen Zielgruppen durchzuführen. Hervorheben möchten wir hier Andrea Heinel vom Maria-Theresia-Gymnasium, Marina Khanide von den Evangelischen Freiwilligendiensten für junge Menschen, Kathrin Thorkler von der Katholischen Landjugendbewegung Bayern, Katrin Schömann vom Bayernforum der Friedrich-Ebert-Stiftung, Dr. Jürgen Stammberger vom Bayerischen Schullandheimwerk, Susanne Ulrich von der Akademie Führung und Kompetenz am Centrum für angewandte Politikforschung (CAP), Stefanie von Winning und Dr. Franz Guber von der Hanns-Seidel-Stiftung, Gabriele Wiemeyer vom Gustav Stresemann Institut und Tamara Wissing von der Georg-von-Vollmar-Akademie.

Selbstverständlich gilt unser Dank auch all denjenigen, die sich an diesen Workshops beteiligt haben, sei es in Schulen, Schullandheimen, Verbänden, Universitäten, Volkshochschulen, Akademien oder Stiftungen.

Bernward Debus, Tessa Debus, Silke Schneider und Sonja Burk vom Wochenschau-Verlag danken wir für ihre Ermutigung, für wichtige Impulse gerade auch zu Beginn der Verschriftlichung des Trainings und für die stets professionelle Zusammenarbeit. Und nicht zuletzt danken wir Heike Drewelow, die mit ihren Illustrationen unser Buch sehr bereichert hat.

München, Kempen und Sonnendorf im Oktober 2015

Christian Boeser-Schnebel, Klaus-Peter Hufer,
Karin B. Schnebel und Florian Wenzel

Vorbemerkung: Über das Recht, (un)politisch, und die Notwendigkeit, politisch zu sein

Beginnen wir mit ein paar grundsätzlichen Fragen: Wie wäre eine ideale demokratische Gesellschaft? Wie sähen die idealen Politiker/-innen aus? Welche (Wahl-)Beteiligung von Bürger/-innen wäre zu erkennen? Wie würde mit Kritik und Ablehnung politischer Prozesse und politischer Entscheidungen umgegangen? Wie würde darauf reagiert werden, dass sich Bürger/-innen von der Gesellschaft abwenden und ihr mit offener Verachtung gegenüberstehen?

Beim Nachdenken über diese Fragen wird schnell deutlich, dass eine eigenverantwortliche freiheitliche und demokratische Gestaltung unseres Zusammenlebens herausfordernd, aber auch spannend ist.

Diktaturen schreiben ihren Bürger/-innen hingegen vor, wie sie zu sein haben: Angepasst und der Obrigkeit huldigend. Die Freiheit des Einzelnen beschränkt sich dort im schlimmsten Fall auf die Freiheit der Gedanken – diese kann zumindest so lange gelebt werden, wie die Fassade eines treuen Staatsbürgers glaubwürdig nach außen dargestellt wird. Wem dies nicht gelingt, bzw. wer sogar offen das System oder die Herrschenden in Frage stellt, riskiert Sanktionen, nicht selten seine Freiheit und manchmal sogar sein Leben. Man sollte nicht vergessen: Ein solches Leben in Unfreiheit war bis vor nicht allzu langer Zeit auch in Teilen Europas der Normalfall und ist in vielen Teilen der Erde bis heute Realität.

In Demokratien kann vor diesem Hintergrund die Freiheit der Bürger/-innen zur Kritik und zur Infragestellung des Bestehenden bzw. zur Ablehnung der Regierenden gar nicht genug als zivilisatorische Leistung gewürdigt werden. Das Recht politisch zu sein, also politisch handeln zu können, wurde historisch –

und wird in manchen Ländern bis heute – gegen massive Widerstände erstritten. Es ist das Recht auf eine eigene Meinung und auf die Äußerung derselben zu allen Fragen, die das öffentliche Leben betreffen. In den westlichen Demokratien hat zudem das Recht und die Möglichkeit, sich zivilgesellschaftlich auch jenseits der verfassten Demokratie zu äußern und selbstorganisiert zu engagieren, dazu beigetragen, dass demokratisches Bewusstsein in weiten Schichten der Gesellschaft verankert wurde.

Das Recht, politisch zu sein, ist auch das Recht, *keine* Meinung zu haben bzw. zu äußern oder auch das Recht auf unreflektierte, selbstgerechte und undifferenzierte Äußerungen in Form von Stammtischparolen. Es ist das Recht, die Leistungen von Politik und Gesellschaft in Anspruch zu nehmen, ohne aktiv dazu beizutragen. Es ist auch das Recht, den politisch Andersdenkenden oder politisch Anderswollenden zu ignorieren, abzuwerten, seine Interessen zu negieren und seine Absichten als unseriös hinzustellen. Ein Verhalten, das sich sowohl im öffentlichen Schlagabtausch in der Politik als auch in vielen privaten Gesprächen über Politik findet. Und es ist das Recht, pauschal über all diejenigen, die als Politiker/-innen aktiv sind, zu spotten und auf Stammtischniveau über Politik und Politiker/-innen herzuziehen. Und nicht zuletzt auch das Recht, dem politischen System kritisch und distanziert gegenüber zu stehen.

Das Recht, politisch zu sein, umfasst in freien Gesellschaften also eine große Bandbreite – und eben auch das Recht unpolitisch zu sein. Aber hier tut sich in Demokratien ein Dilemma auf: Auf der einen Seite sollte das Recht, sich nicht für Politik oder für die (Zivil-)Gesellschaft zu interessieren, für eine freie Gesellschaft ebenso selbstverständlich sein, wie auch das Recht, dumpf und platt über Politik und Politiker/-innen bzw. die politischen Gegner zu sprechen. Eine Demokratie muss die Ablehnung durch Einzelne ebenso aushalten können wie die Borniertheit oder den Egoismus derjenigen, die sich ausschließlich für ihre Partikularinteressen oder für ihre politische Karriere einsetzen.



Auf der anderen Seite aber ist eine Demokratie darauf angewiesen, dass es eine Mehrheit der Bürger/-innen und Politiker/-innen gibt, denen Politik, also die allgemein-gesellschaftlichen Angelegenheiten, wichtig sind, die ebenso in der Lage sind, eigene politische Interessen zu artikulieren, wie auch die politischen Interessen anderer nachzuvollziehen. Schließlich ist für demokratische Politik der Austausch und Ausgleich von Interessen grundlegend. Eine demokratische Gesellschaft, in der es zu wenige Menschen gibt, die sich für die allgemeinen gesellschaftlichen Probleme interessieren, büßt nicht nur moralische Werte und Normen ein, die für den Zusammenhalt notwendig sind, sondern verliert auch ihre Legitimation, sich Demokratie („Herrschaft des Volkes“) zu nennen. Und sie überlässt möglicherweise das politische Geschäft einer nur an den eigenen Interessen orientierten Minderheit.

Für Demokratien sind es deshalb wichtige Fragen, wie viel Desinteresse, Ignoranz oder Borniertheit von Seiten der Bürger/-innen und von Seiten der Politiker/-innen ausgehalten werden können, ab wann die Grundlagen einer freien Gesellschaft untergraben werden und wie nötigenfalls gegengesteuert werden kann.

Was kann eine Demokratie verkraften? In einer Demokratie kann nicht alles geduldet und ertragen werden, ist eben keine

grenzenlose Freiheit garantierbar. Mit dem Leitbild einer „wehrhaften Demokratie“ wurden und werden den Feinden der Demokratie Grenzen gesetzt, sei es über die Möglichkeit des Parteienverbots oder auf der individuellen Ebene sogar über den Entzug von Bürgerrechten. Demokratie bedeutet also in unserer Gesellschaft nicht grenzenlose Freiheit. – Die Mütter und Väter unseres Grundgesetzes waren überzeugt: Wenn sich Demokratinnen und Demokraten nicht entschieden ihren Feinden entgegenstellen, leben sie am Ende nicht mehr in einer Demokratie.

Mit Desinteresse oder Gleichgültigkeit der Bürger/-innen hingegen kann eine Demokratie zumindest auf den ersten Blick ganz gut leben. Man könnte meinen, dass Demokratie so lange funktioniert, wie es zumindest einige Menschen gibt, die bereit sind, sich professionell mit der Politik zu beschäftigen: So lange es Politiker/-innen gibt, wäre das Verhalten der anderen Bürger/-innen letztlich egal, zumal es den Politikern möglicherweise doch ganz recht sein könnte, wenn sie unbehelligt ihrem Geschäft nachgehen können. Damit würde den Politiker/-innen aber die alleinige Entscheidungskompetenz zugesprochen, denn immerhin gäbe man ihnen damit die Freiheit und auch die Verantwortung, alleine und ohne Rückkoppelung mit der Bevölkerung über unsere Gesellschaft zu bestimmen. Und was, wenn die Politiker/-innen selbst desinteressiert, ignorant oder borniert sind? Was würde geschehen, wenn sie nur ihre Wiederwahl im Blick haben, sich pragmatisch an den Bevölkerungsgruppen orientieren, die am größten sind, und die langfristige Entwicklung einer Gesellschaft komplett ignorieren? Was, wenn sie politische Entscheidungen treffen, die zwar kurzfristig positive Wirkungen erzielen, langfristig aber negative Konsequenzen haben?

Mit diesen Fragen deutet sich ein Zusammenhang zwischen Bürger- und Politikerinteressen an, der oftmals nicht beachtet wird: Pragmatische, primär an ihrer Wiederwahl interessierte Politiker/-innen, werden ausschließlich die Politik betreiben, die von den Wähler/-innen honoriert wird. Themen, die weniger populär, aber doch für viele oder vielleicht auch erst für die

Zukunft wichtig sein können, drohen hierbei durch das Raster zu rutschen und ignoriert zu werden. Massenmedial aufgebauerte, von oft nicht durchsichtigen Interessen gesteuerte Themen hingegen, würden populistisches und opportunistisches Verhalten der Politiker/-innen verstärken.

Das in Demokratien häufig kritisierte, an Stimmungen angepasste und populistische Verhalten von Politiker/-innen kann also auch erklärt werden durch Desinteresse, Ignoranz und Oberflächlichkeit vieler Bürger/-innen: Das Verhalten der Politiker/-innen ist nicht zuletzt eine Reaktion auf das Verhalten der Bürger/-innen. Daraus folgt, dass eine an Zukunftsfragen orientierte, partizipative, verantwortungsbewusste und kluge Politik kaum zu erreichen sein wird, wenn die Haltung gegenüber gesellschaftlichen Fragen bei den Bürger/-innen eine gleichgültige ist.

Doch es gibt noch einen anderen Grund, warum die Demokratie in einer Gesellschaft, deren Bürger/-innen desinteressiert oder gleichgültig sind, auf Dauer Schaden erleiden kann. Dieser hat mit der Frage zu tun, was der Kern von Politik ist: In der Politik geht es neben der Regelung von grundlegenden Ordnungsprinzipien des Staates um eine Regelung von Konflikten, die die Gesellschaft betreffen, und um die Verteilung von Ressourcen. Die zu regelnden Konflikte resultieren zum einen aus unterschiedlichen widerstreitenden Wertvorstellungen und zum anderen aus der grundsätzlichen Problematik der Knappheit. Damit ist gemeint, dass viele von den meisten Menschen als erstrebenswert erachtete Güter nur begrenzt vorhanden sind. Die Verteilung dieser Güter erfordert eine Auseinandersetzung. Und im Zentrum dieser Auseinandersetzung steht, wem wie viele dieser Güter zukommen sollen und mit welcher Begründung: Sollen alle das Gleiche erhalten? Oder sollen Bedürftige mehr bekommen? Oder wäre es gerechter, die Verteilung anhand der Leistung zu berechnen, wodurch die Leistungsstarken mehr bekommen? Bei letzterem wäre aber fraglich, was als „Leistung“ anerkannt werden sollte. Könnte dabei der direkte Nutzen für die Gesellschaft der bestmögliche Maßstab sein? Oder wäre ein

nicht sicher kalkulierbarer langfristiger Nutzen für die Gesellschaft am besten? Diese Überlegungen könnte man nun immer weiter fortführen, doch geht es im Kern um die Frage, was eigentlich gerecht ist.

Die Verteilung von nur begrenzt vorhandenen Gütern ist, gleichgültig welche Vorstellungen von Gerechtigkeit man umsetzt, meist mit Zumutungen verbunden. Und was soll den Einzelnen motivieren, sich Zumutungen, zu beugen und eben nicht doch zu versuchen, notfalls mit Gewalt, mehr für sich herauszuholen? Letztlich ist es entweder die Angst vor Sanktionen oder das grundsätzliche Verständnis für die Notwendigkeit und Unvermeidbarkeit eben dieser Zumutungen, was jedoch einen gesellschaftlichen Wertekonsens zumindest in grundlegenden Fragen voraussetzt.

Wenn Zumutungen nicht freiwillig mitgetragen werden, geht dies meist zu Lasten der Freiheit, da die entsprechenden Sanktionssysteme ausgebaut werden müssen. Eine freie Gesellschaft, braucht Bürger/-innen, die sich aus innerer Überzeugung damit arrangieren, dass Politik niemals die Interessen eines jeden zu hundert Prozent erfüllen kann. Diese Überzeugung kann am besten dadurch entstehen, dass man sich selbst mit politischen Fragen auseinandersetzt und auf diese Weise immer wieder erfährt, warum Politik keine ultimativen Lösungen anbieten kann.

Für uns als Autorin und Autoren steht fest: Für einen demokratischen Staat und für eine demokratische Gesellschaft ist es nicht gleichgültig, wie sich die Bürger/-innen verhalten. Es braucht zumindest eine ausreichend große Zahl an Bürger/-innen, die den politischen Prozess beobachten und reflektieren, die also nachvollziehen können, warum Politik nicht nur kurzfristige Partikularinteressen bedienen sollte, sondern auf Interessenausgleich bedacht sein muss. Es braucht Bürger/-innen, die sich in unserer verfassten Demokratie der Politik kritisch-konstruktiv zuwenden und die Gesamtverantwortung für den Interessenausgleich mit reflektieren. Wir brauchen eine Gesellschaft mit einer grundlegenden Demokratiekompetenz. Und wir brauchen dar-